

Starker Staat

In den vergangenen Jahrzehnten war auch in der Bundesrepublik Deutschland häufig der Ruf nach weniger Staat und einer damit verbundenen Deregulierung zu hören.



In den Behörden der öffentlichen Verwaltung wurden massiv Stellen abgebaut. Viele Aufgaben wurden privatisiert und Aufgaben an Dritte verlagert.

Gerade in Deutschland glaubten dabei Viele unter dem Schlagwort „Privat vor Staat“, dass eine effiziente und kostengünstige Aufgabenwahrnehmung durch den Staat nicht möglich sei und dies nur durch eine Privatisierung von Aufgaben erreichbar wäre. Dies ging dabei weit über die Bereiche von Post, Telekommunikation und Bahn hinaus, die bereits im ausgehenden 20. Jahrhundert diesem Glauben zum Opfer fielen. Nach der internationalen Finanz- und Bankenkrise im Jahr 2008 / 2009 sowie der anhaltenden Herausforderungen aufgrund der Flüchtlingssituation werden diese Stimmen aber zunehmend leiser. Die Globalisierung und die Aufgaben aus der Aufnahme einer hohen Anzahl von Geflüchteten und die Aufgabe einer gelingenden Flüchtlings- und Integrationspolitik zeigen nachdrücklich die Bedeutung eines starken und handlungsfähigen Staates.

Vielmehr kehrt insbesondere in der Bevölkerung die Erkenntnis zurück, dass ein starker Staat Voraussetzung für Friede und Wohlstand ist. Dazu sagte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio: "Das Credo der Eliten, wonach der Staat unfähig sei, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu meistern, mag richtig oder falsch sein: Es steht aber in geradezu abenteuerlichem Gegensatz zu der Erfahrung, dass ohne organisierte Staatlichkeit nichts geht: keine Menschenrechte, kein Frieden, kein Klimaschutz, keine Gerechtigkeit."¹

In der derzeitigen öffentlichen Diskussion stehen dabei neben den klassischen Staatsaufgaben wie Sicherheit und Ordnung sowie Recht und Gerechtigkeit auch Fragen der sozialen Sicherheit und einer flächendeckenden Bereitstellung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen im Fokus der Debatte. Um darüber hinaus Chancengleichheit und ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft zu ermöglichen, braucht auch hier der Staat mehr Beschäftigte.

¹ 11. Dezember 2015, DIE ZEIT Nr. 50/2015, 10. Dezember 2015

Das Berufsbeamtentum garantiert eine stetige Aufgabenerfüllung und schafft streikfreie Räume in der öffentlichen Daseinsvorsorge und wesentlichen Kernbereichen der öffentlichen Verwaltung.

Für eine Teilhabe an unserer Gesellschaft ist ein begleitender starker Staat wichtig.

Die dbb jugend (Bund) fordert daher die Abkehr von falschen Deregulierungsvorstellungen und dem Irrglauben, dass sich ein Gemeinwesen privat-rechtlich organisieren lässt. Vielmehr muss der Staat und seine Institutionen wieder gestärkt werden.

Insbesondere gehört dazu:

- Eine Steigerung der Stellen der Polizei im Bereich des Bundes und der Länder, um der veränderten Sicherheitssituation in unserem Land gerecht zu werden.
- Eine angemessene Ausstattung der öffentlichen Verwaltung mit Personal und Sachmitteln.
- Keine weitere Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge
- Kein Outsourcing an die Privatwirtschaft.
- Bestmögliche Ausstattung der Schulen.
- Eine angemessene Personalausstattung in allen Bereichen der Justiz.
- Mehr Lehrer, Erzieher und pädagogische Mitarbeiter, um den wachsenden Aufgaben im Bereich der Bildung unserer Kinder gerecht zu werden. In Zeiten von Inklusion und Kindern mit unterschiedlichsten Betreuungsbedarfen, braucht es ein Mehr an gut ausgebildeten Personal, um all diesen Kindern eine Chance auf eine spätere gerechte Teilhabe zu ermöglichen.
- Mehr Sozialarbeiter, die sich um die Menschen in unserem Land kümmern. Insbesondere die Menschen, die im Rahmen der Flüchtlingssituation zu uns gekommen sind, brauchen eine qualifizierte Begleitung um in unserer Gesellschaft anzukommen. Integration und Chancengerechtigkeit kann nicht gelingen, wenn wir diese wichtige Aufgabe auf den Schultern des Ehrenamtes abladen.
- Im Rahmen der Daseinsvorsorge muss der Staat eine leistungsfähige Infrastruktur vorhalten. Hierzu gehören angemessene Investitionen in das Straßennetz, das Schienennetz und das Wasserstraßennetz. Der Staat hat für eine vollständige Bereitstellung von breitbandigen digitalen Angeboten in allen Teilen der Bundesrepublik Sorge zu tragen.
- Die Pflege von Menschen darf nicht auf den Schultern des Ehrenamtes abgeladen und unter betriebswirtschaftlichen Aspekten durchgeführt werden, sondern muss in die Hände von ausgebildeten ausreichenden Pflegefachkräften gelegt werden.

Zur Sicherung der Aufgabenerledigung der Fachverwaltungen bedarf es auch einer angemessenen Ausstattung der allgemeinen und inneren Verwaltung mit Personal und Sachmitteln, um die Verwaltungsaufgaben zeitnah erledigen zu können.

Ein starker Staat kann nur effektiv handeln und wirken, wenn er transparent, gut organisiert, qualitativ, verständlich und zeitnah arbeitet. Nur mit einem Starken Staat kann den Herausforderungen des 21. Jahrhundert begegnet werden!